

Peter Brandt

Das Gebot der Stunde

Wie führende Sozialdemokraten den »Burgfrieden« im Ersten Weltkrieg aufkündigten

Am 19. Juni 1915 erschien in der Leipziger Volkszeitung ein Manifest – unterzeichnet von drei der prominentesten Sozialdemokraten des wilhelminischen Deutschland: Eduard Bernstein, Karl Kautsky und Hugo Haase. Es trug die Überschrift »Das Gebot der Stunde«. Aufsehenerregend war schon die Kombination der Autoren: Bernstein neben seinem Kontrahenten im Revisionsstreit und Theoretiker des marxistischen Zentrums Kautsky sowie dem Mitvorsitzenden der Partei und Vorsitzenden der Reichstagsfraktion Haase.

Der Mahnruf bezog sich ausdrücklich auf die Erklärung, die Hugo Haase im Namen seiner Partei im Reichstag am 4. August 1914 zur Begründung der Kriegskreditbewilligung durch die SPD-Fraktion abgegeben hatte. (Haase selbst hatte, wie 13 andere Abgeordnete, intern für ein anderes Votum plädiert, sich dann aber der tradierten strikten Fraktionsdisziplin der deutschen Sozialdemokratie gebeugt.) Meist wird aus Haases Rede nur der eine Passus zitiert, dem zufolge die SPD wahr mache, was sie stets betont habe: »Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich«. Tatsächlich waren in der kurzen Erklärung verschiedene Elemente enthalten, neben Begründungen für die Kreditbewilligung auch Hinweise auf die kriegsgegnerische, internationalistische und sozialistische Tradition und Zielsetzung der Sozialdemokratie, auf die sich die innerparteiliche Opposition später beziehen konnte.

»Das Gebot der Stunde« argumentierte mit dem »Interesse des deutschen Volkes« und bestritt gemäß der sozialdemokratischen Tradition keineswegs das Recht auf Landesverteidigung, hob aber – ohne

die wiederkehrenden Kreditabstimmungen explizit zu erwähnen – darauf ab, dass die immer offener artikulierten expansiven Kriegsziele rechtsgerichteter und großbürgerlicher Kräfte die Voraussetzungen zerstört hätten, unter denen die Entscheidung der SPD-Fraktion am 3./4. August 1914 gefallen sei. Angesichts dessen und der Erwartungen weiter Bevölkerungsteile in Deutschland wie im Ausland, dass die SPD sich aktiv für den Weltfrieden einsetzen möchte, der allein »auf der Grundlage freier Vereinbarung« akzeptabel sei, drohe die Fortsetzung des bisherigen Kurses des innenpolitischen »Burgfriedens« die Aktionsmöglichkeiten sozialdemokratischer Politik nach den ihr zugrunde liegenden Prinzipien zu vernichten. Die, so wurde suggeriert, Aufkündigung des dem »Burgfrieden« vom August 1914 zugrunde liegenden Verständnisses des Krieges als eines Verteidigungskrieges durch die Eroberungspropagandisten gebe der SPD die Freiheit zurück, ihren eigenen, »gegensätzlichen Standpunkt in nachdrücklichster Weise geltend zu machen, und die gegebene Situation macht aus der Freiheit eine Pflicht«.

Die Stellung zum Krieg war zweifellos eine substanzielle politische Frage (wie dann auch die zur Revolution von 1918/19), doch sie nahm die spätere Spaltung der Arbeiterbewegung in den – in sich durchaus differenzierten – demokratischen Sozialismus und den von den russischen Bolschewiki geprägten »despotischen Sozialismus« (Kautsky) nicht einfach vorweg. Der gemäßigte Teil der USPD, samt einer Gruppe desillusionierter Kommunisten, vereinigte sich 1922 wieder mit der sozialdemokratischen Mehrheitspartei,

während die radikalisierte USPD-Linke schon 1920 mit der noch kleinen KPD fusioniert war.

In den sozialistischen Bruderparteien Großbritanniens, Frankreichs und Österreichs blieben die Unterstützer der eigenen Regierung bzw. von deren Kriegsführung und ihre Gegner nach 1914 in ein und derselben Partei versammelt. Das war möglich, weil den im Lauf der Jahre immer zahlreicher werdenden Abweichlern, anders als in Deutschland, ein gewisser Spielraum eingeräumt wurde, ihre Positionen auch öffentlich zu artikulieren. In Österreich, das – obwohl die Möglichkeit und damit der Zwang zur Parlamentsentscheidung über die Kriegskredite dort nicht bestand – am ehesten vergleichbar ist, trug das organisatorische Zusammenbleiben der Sozialdemokraten während des Ersten Weltkriegs wesentlich dazu bei, dass die Kommunistische Partei nach 1918 nie eine größere Bedeutung erlangte.

Trotz Unvereinbarkeit der Standpunkte hinsichtlich der Kreditbewilligung standen sich die größeren Segmente der Mehrheit wie der Minderheit im Hinblick auf den anzustrebenden Frieden näher als spätere Polemiken vermuten lassen. Dissoziierend wirkten in beiden Hauptrichtungen die Extreme: Innerhalb der Minderheit lehnte die um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht gruppierte radikale Linke die Landesverteidigung im Zeitalter des Imperialismus grundsätzlich ab, sah die Aufgabe der Sozialisten aller kriegsteilnehmenden Staaten im entschiedenen Kampf gegen die einheimische Obrigkeit und erwartete einen erträglichen Frieden allein von der revolutionären Aktion des internationalen Proletariats.

Auf der anderen Seite stand eine SPD-Rechte, bestehend aus manchen Reformisten und Gewerkschaftsfunktionären sowie einigen früheren Radikalen. Vor allem in diesen Kreisen, die man von der ursprünglich rechtszentristischen Richtung Ebert/Scheidemann unterscheiden muss, waren

ideologische Deutungen der Kriegswirtschaft und der »deutschen Idee der Organisation« als »Kriegssozialismus«, der deutschen Gesellschaft als einer gegenüber England stärker »sozialisierten«, eine entsprechend weitgehende Identifikation mit dem Deutschen Reich nach innen und außen sowie eine gewisse Offenheit zu hegemonialen bis annexionistischen Konzepten verbreitet. Dort arbeitete man schon frühzeitig auf die Abtrennung der überwiegend linken Kritiker des »Burgfriedens« von der SPD hin.

Die Motive für die Entscheidung vom 3./4. August 1914 waren auf unterschiedlichen Ebenen angesiedelt. Die Furcht vor staatlicher Repression bei der Verweigerung der SPD spielte ebenso eine Rolle wie der Eindruck, sich in einem solchen Fall von der Volksmehrheit, vielleicht sogar der Mehrzahl der eigenen Anhängerschaft zu isolieren; diese hatte, ebenso wie die Sozialisten in Frankreich, in den letzten Julitagen in zahlreichen Massenversammlungen gegen den unmittelbar drohenden Krieg demonstriert, beugte sich dann aber, wie die Führungsebene der Partei, schnell der immanenten Logik des Geschehens. Von einer immer wieder kolportierten Kriegsbegeisterung konnte, wie die empirischen Forschungen der vergangenen Jahrzehnte bewiesen haben, in der Arbeiterschaft wie auch in der Landbevölkerung kaum die Rede sein.

Erhebliches Gewicht hatte für die SPD indessen die schlichte Tatsache der bewaffneten Gegnerschaft des zaristischen Russland, des »Hortes des Reaktion« in Europa und alten Hassbilds der deutschen Linken. Schließlich hoffte man insbesondere aufseiten der sozialdemokratischen Reformisten auf eine Demokratisierungsdynamik der Mobilisierung breiter Volksschichten für und durch den Krieg, der sich die Herrschenden letztlich nicht entziehen könnten, wenn die SPD es gezielt vermeiden würde, erneut in die Isolierung zu geraten.

Auch die Parteimehrheit lehnte in ihrer Masse, so in einer Resolution der Reichstagsfraktion vom Sommer 1915, einen Gewaltfrieden mit Annexionen fremden Territoriums ab und befürwortete, anknüpfend an vor dem Krieg von der SPD vertretene Forderungen, eine »engere Rechts-, Wirtschafts- und Kulturgemeinschaft« der Staaten, reguliert durch eine internationale Schiedsgerichtsbarkeit. Das war auch im Sinne der gemäßigten sozialdemokratischen Kriegsgegner. Gegenüber der Verteidigung des territorialen Status quo durch die Mehrheit der SPD befürwortete die Minderheit indessen eindeutiger das nationale Selbstbestimmungsrecht »für und gegen alle« am Krieg Beteiligten.

Paradoxaerweise spaltete sich die SPD-Parteorganisation Ostern 1917 (nach der Teilung der Reichstagsfraktion im Vorjahr)

Auflösung des »Burgfriedens« just zu dem Zeitpunkt, als der »Burgfrieden« faktisch nicht mehr existierte und die SPD-Mehrheit erkennbar einen gegen Rechts offensiveren, auf Verständigungsfrieden und innere Demokratisierung gerichteten Kurs einschlug – wenn auch inkonsequent aus Sicht der Minderheit und im Zusammenwirken mit, und dadurch gebremst, den Liberalen sowie dem katholischen Zentrum. Für die Auflösung des »Burgfriedens« waren – neben dem in der zweiten Kriegshälfte mehr und mehr sich äußernden sozialen, dann auch Anti-Kriegs-Protest aus der Arbeiterschaft – die von der ganzen sozialdemokratischen Basis als Provokation empfundenen weitgehenden, vielfach maßlosen Kriegszieläußerungen aus dem rechten politischen Spektrum und seitens großwirtschaftlicher Interessenverbände wesentlich.

Nicht ohne Kalkül hatten Bernstein, Haase und Kautsky schon im »Gebot der Stunde« besonderes Gewicht auf die kriegsverlängernden und den Krieg entlegitimierenden Eroberungsziele der Rechten abgehoben. Dieses wichtige Dokument erinnert daran, dass sich seit 1915 zwei sozialdemokratische Formationen entwickelten, die beide gleichermaßen Teil der SPD-Partei-geschichte sind. Bernsteins, Kautskys und Haases Botschaft ist geeignet, den verschämten Blick auf den 4. August 1914 zu ergänzen, um die Erinnerung an die im autoritär-konstitutionellen System des Kaiserreiches oppositionellen und antimilitaristischen Traditionen der deutschen Sozialdemokratie zu wahren, deren Identität bis heute als ein Kernelement die Friedensorientierung enthält.

Pazifistisch in einem unbedingten Sinn ist die SPD seit ihrer Gründung nie gewesen, aber sie ist frühzeitig für nichtmilitärische Konfliktlösungen, für internationale Kooperation, gleichgewichtige Abrüstung und die Schaffung supranationaler Sicherheitsstrukturen eingetreten, auch aus dem Geist eines wohlverstandenen, verantwortungsbewussten Patriotismus. Selbst im Zuge der problematischsten Entscheidung, der Bejahung von Kriegskrediten und – mehr noch – des »Burgfriedens« während des Ersten Weltkriegs, widerstanden die allermeisten Sozialdemokraten auch der Mehrheitsrichtung chauvinistischer Stimmungsmache und imperialistischen Plan-spielen, wie sie die öffentliche Meinung ansonsten großenteils beherrschten. Die sozialdemokratischen Politiker bemühten sich im Rahmen ihrer subjektiven Möglichkeiten um eine Beendigung des Völkermordens durch einen gesicherten Ausgleichsfrieden.



Peter Brandt

ist Professor (i.R.) für Neuere deutsche und europäische Geschichte und ehrenamtlich Direktor des interdisziplinären Dimitris-Tsatsos-Instituts für Europäische Verfassungswissenschaften (DTIEV) an der Fernuniversität Hagen.

peter.brandt@fernuni-hagen.de